



*Bayerische Landesgruppe
im Deutschen Bundestag*

Halbzeitbilanz der bayerischen FDP-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Regionalkonferenz
am 12. Oktober 2011
in Regensburg

Kontakt:

Andreas Dietrich
Pressesprecher

FDP Bayern Landesgeschäftsstelle
Rindermarkt 6
80331 München

E-Mail: andreas.dietrich@fdp.de

Telefon: 089 / 126 009-25

Inhaltsverzeichnis

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (Starnberg)	3
Dr. Max Stadler, MdB (Passau).....	3
Dr. Rainer Stinner, MdB (München)	3
Horst Meierhofer, MdB (Regensburg).....	4
Miriam Gruß, MdB (Augsburg).....	5
Marina Schuster, MdB (Greding)	6
Dr. Daniel Volk, MdB (München)	6
Joachim Spatz, MdB (Würzburg).....	7
Sebastian Körber, MdB (Forchheim)	7
Jimmy Schulz, MdB (Hohenbrunn)	8
Stephan Thomae, MdB (Kempten).....	9
Dr. Erwin Lotter, MdB (Aichach)	9
Klaus Breil, MdB (Weilheim).....	10
Rainer Erdel, MdB (Ansbach).....	10

Die bayerische FDP-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



*Bayerische Landesgruppe
im Deutschen Bundestag*

14 Abgeordnete – 14 starke Stimmen für Bayern in Berlin

FACHBEREICH	PERSON	SCHWERPUNKTTHEMEN
Justiz	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB (Starnberg) Bundesministerin der Justiz, Landesvorsitzende FDP Bayern	Freiheit und Regulierung des Internets, Sicherungsverwahrung, Insolvenz-, Miet- und Familienrecht, Rechtsschutz für den Bürger, Pressefreiheit, Bürgerbeteiligung
	Dr. Max Stadler MdB (Passau) Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz	
Außenpolitik	Dr. Rainer Stinner MdB (München) Außenpolitischer Sprecher, Obmann im Auswärtigen Ausschuss	Nordafrika, Afghanistan, Naher Osten, NATO, Balkan
Umwelt, Tourismus	Horst Meierhofer MdB (Regensburg) Landesgruppenvorsitzender, Tourismuspolitischer Sprecher, Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Tourismus	Atomausstieg und Energiewende, Hochwasserschutz, Olympia 2018
Familie, Soziales	Miriam Groß MdB (Augsburg) Bayerische Generalsekretärin, Sprecherin für Familienpolitik, Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales	Frühkindliche Bildung, Evaluation der familienpolitischen Leistungen, Vereinbarkeit von Familie und Pflege und Beruf
Menschenrechte, Wissenschaft und Forschung, Außenpolitik	Marina Schuster MdB (Greding) Stv. Landesgruppenvorsitzende, Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Vorsitzende Liberale Frauen Bayern	Nordafrika, China, Sudan, Kongo, Russland, Iran, Burka-Verbot
Steuern, Finanzen	Dr. Daniel Volk MdB (München) Obmann im Finanzausschuss, Vorsitzender der AG Steuern und Finanzen	Steuervereinfachung, Unternehmensbesteuerung
Verteidigung, Europäische Union	Joachim Spatz MdB (Würzburg) Mitglied im Verteidigungsausschuss, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	Bundeswehrstrukturreform, Zivile Krisenprävention, ESM, Europ. Außen- und Sicherheitspolitik
Baupolitik, Verkehr	Sebastian Körber MdB (Bamberg) Sprecher für Baupolitik, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Energieeffizientes Bauen und Sanieren, Altersgerechtes Bauen und Wohnen, Deutsche Bahn, Barrierefreiheit in Gebäuden und im ÖPNV
Internet und Neue Medien, Innenpolitik	Jimmy Schulz MdB (Hohenbrunn) Mitglied im Innenausschuss, Obmann im Unterausschuss Neue Medien, Obmann der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“	Internetsperren, Netzpolitik, direkte Demokratie, Urheberrecht, Vorratsdatenspeicherung
Recht, Haushalt	Stephan Thomae MdB (Kempten) Sprecher für Petitionen, Obmann im Petitionsausschuss, Mitglied im Rechtsausschuss, Mitglied im Haushaltsausschuss	Sorgerecht, Umgangsrecht und Erbrecht nichtehelicher Kinder, Mietrechtsreform, Urheberrecht
Gesundheit	Dr. Erwin Lotter MdB (Aichach) Mitglied im Ausschuss für Gesundheit	Psychiatrie und Psychotherapie, Demenz, Prävention im Gesundheitsbereich
Wirtschaft, Energiepolitik	Klaus Breil MdB (Weilheim) Energiepolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss	Novellierung des Erneuerbare Energiengesetzes, Rekommunalisierung der Energieversorgung
Ernährung, Landwirtschaft, Verteidigung	Rainer Erdel MdB (Ansbach) Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Mitglied im Verteidigungsausschuss	Erneuerbare Energiengesetz, Europ. Agrarpolitik, Bundeswehrstrukturreform und Auslandseinsätze

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (Starnberg)

Bundesministerin der Justiz

Mail: sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de
Web: www.leutheusser-schnarrenberger.de
Tel: 030 - 227 75 162



Dr. Max Stadler, MdB (Passau)

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz

Mail: max.stadler@bundestag.de
Web: www.max-stadler.de
Tel: 030 - 227 71 325



In der **Innen- und Rechtspolitik** haben wir einen klaren liberalen Stempel hinterlassen. Ohne unseren beharrlichen Einsatz, gäbe es heute immer noch **Internetsperren**, die **anlasslose Vorratsdatenspeicherung** wäre eingeführt und eine Ausweitung von **Sicherheitsgesetzen** wäre erfolgt. Stattdessen werden alle Sicherheitsgesetze seit 9/11 durch eine Regierungskommission evaluiert, die **Massenspeicherung von Arbeitnehmerdaten durch ELENA** wurde abgeschafft und wir haben eine **moderne Netzpolitik** gestaltet, mit der die Auseinandersetzung mit der Piratenpartei offensiv geführt werden kann. Hier haben wir erfolgreich einen Paradigmenwechsel hinbekommen. Und diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. Eine **Mietrechtsreform**, die zu mehr energetischer Sanierung führen wird und eine **neue Insolvenzordnung**, die kleine und mittlere Unternehmen nicht einfach abwickelt, sondern ihnen hilft, wieder auf die Beine zu kommen, sind bereits auf den Weg gebracht.

Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode heißt es mit sachlicher liberaler Politik für freiheitliche Veränderungen in diesem Lande und für unsere Überzeugungen einzutreten. Die Fragen des **Datenschutzes**, der **Urheber- und Persönlichkeitsrechte** im digitalen Zeitalter, die gesellschaftlichen Veränderungen in der **Familien- und Gleichstellungspolitik** und die Herausforderungen durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger EU-Mitgliedsstaaten für die **Funktionsfähigkeit der EU** und deren Akzeptanz in der Bevölkerung, sind enorm. Und sie rufen alle nach einer liberaler Antwort – nach Freiheit und Verantwortung.

Dr. Rainer Stinner, MdB (München)

Außenpolitischer Sprecher, Obmann im Auswärtigen Ausschuss

Mail: rainer.stinner@bundestag.de
Web: www.rainer-stinner.de
Tel: 030 - 227 79 110



Keine Bundesregierung musste jemals in so kurzer Zeit so vielfältige und gravierende außen- und europapolitische Probleme angehen, wie heute. Allein die **Euro-Krise** und die Reaktion auf den **arabischen Frühling** beanspruchte nahezu alle Kräfte.

Entgegen der gerne veröffentlichten Meinung ist Deutschland keineswegs international isoliert. Bei der Abstimmung zum EFSF startete förmlich die ganze Welt auf den Bundestag und die Erleichterung auch in Kanada, Russland, China, etc. war groß, dass Deutschland bei dem Versuch der **Euro-Stabilisierung** weiter dabei ist. In der **Währungs- und Finanzpolitik** setzt sich die **deutsche Stabilitätskultur** schrittweise durch. Da ist unsere Führungsrolle ausdrücklich erwünscht.

Das **Verhältnis mit den USA** ist so gut wie selten. Präsident Obama weiß, dass er Deutschland zur Bewältigung seiner vielfältigen Probleme mit Wirtschaft und Finanzen dringend braucht. In der **Afghanistan-Politik** der NATO hat deutsche Außenpolitik eine tragende Rolle gespielt. Durch unser Engagement in Vorbereitung der Londoner Konferenz vom Januar 2010 konnte erstmals in der NATO eine gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Strategie für Afghanistan entwickelt werden. Die Bonner Konferenz im Dezember dieses Jahres verdeutlicht, welche Rolle unser Land auch weiterhin spielt.

Die größte Herausforderung für uns ist die Gestaltung einer **gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik**. Es gibt kein Zweifel daran, dass das französische und das britische Verständnis davon, wie und mit welchen Mitteln man internationalen Konflikten begegnen soll, von unserem gewachsenen deutschen Verständnis abweicht. Dieses der gegenwärtigen Bundesregierung vorzuwerfen, ist inhaltlich falsch und häufig parteitaktisch motiviert. Deshalb stoßen wir in der FDP-Fraktion eine Diskussion über eine deutsche Sicherheitsstrategie aktiv an.

Bei dem **Aufbau in Nordafrika** ist Deutschland, wie von Allen gewünscht, auch gerade in Libyen, dabei. Allerdings dürfen wir auch hier unsere deutschen und europäischen Einflussmöglichkeiten nicht überschätzen. Unser liberales Credo ist dabei, den europäischen Markt insbesondere auch für Agrargüter zu öffnen. Hier gibt es noch Konflikte in der EU.

In unserem **Verhältnis zu Russland und China** gibt es Fortschritte. Dabei lassen wir niemanden im Unklaren, dass wir unsere deutschen und europäischen Werte von Demokratie und Rechtsstaat in beiden Ländern nicht verwirklicht sehen. Dennoch müssen wir mit beiden Ländern zusammenarbeiten, nicht nur wegen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, sondern vor allem auch, um mit ihnen gemeinsam Probleme in Drittländern anzugehen. Das bezieht sich auf Afghanistan, auf Pakistan, auf den Nahen Osten, die Piraterie, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, etc. In beiden Ländern wird die EU noch nicht als aktiver, handelnder Partner wahrgenommen. Umso mehr wird Deutschland als wichtigster europäischer Akteur wahrgenommen. Die Bundesregierung hat hier mit den strukturierten Regierungskonsultationen einen wesentlichen Schritt zu einer **vertieften Partnerschaft** gemacht. Diese Vertiefung wird jetzt auch angegangen mit den weiteren Staaten, die aufgrund ihrer wachsenden Bedeutung nicht mehr nur Objekt deutscher und europäischer Politik bleiben können, sondern als Subjekt selber aktiv in die Weltpolitik eingreifen, wie z.B. Indien, Indonesien und Brasilien.

Horst Meierhofer, MdB (Regensburg)

Landesgruppenvorsitzender, Tourismuspolitischer Sprecher, Obmann und stv. Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Mail: horst.meierhofer@bundestag.de

Web: www.horst-meierhofer.de

Tel: 030 - 227 73 412



Kernkraft: Die Geschehnisse in Fukushima haben die Wahrnehmung gegenüber der Kernkraft geändert. Wir haben reagiert. Das letzte deutsche Kernkraftwerk geht 2022 vom Netz, die Rahmenbedingungen für Ersatzkraftwerke wurden verbessert sowie der Netzausbau beschleunigt.

Erneuerbare Energien: Das novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz ermöglicht einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren zu möglichst geringen Kosten.

Carbon Capture an Storage (CCS): Beim CCS wird CO₂ beim Verbrennungsprozess abgeschieden und unter die Erde verpresst. Diese Technik kann dazu beitragen, CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die FDP hat dafür gesorgt, die Sicherheitsstandards anzuheben und Nutzungskonkurrenzen auszuschließen. Das Gesetz ist von den SPD-Ländern im Bundesrat abgelehnt worden. Die Verhandlungen dauern an.

Kreislaufwirtschaft: Mit der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wird die Abfallgesetzgebung an neue Herausforderungen angepasst. Ziel ist u.a. die Verbesserung des Recyclings und eine Stärkung des Wettbewerbs.

Rohstoffsicherheit: Mit der im Koalitionsvertrag angestrebten Wertstoffverordnung wollen wir mehr Recycling, eine Erhöhung der Produktverantwortung und eine einheitliche Wertstofffassung. Erste Entwürfe werden derzeit diskutiert.

Fracking: Die Schiefergasförderung ist ausgesprochen umstritten. Es werden Chemikalien benutzt, die nicht unbedenklich sind. Andererseits ist dies eine Möglichkeit, unabhängiger von ausländischem Gas zu werden. Wir beraten zur Zeit, wie wir die Förderung von Schiefergas ermöglichen, die Sicherheitsstandards aber maximal erhöhen.

Miriam Gruß, MdB (Augsburg)

Sprecherin für Familienpolitik, Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mail: miriam.gruss@bundestag.de

Web: www.miriam-gruss.de

Tel: 030 - 227 72 474



In der **Familienpolitik** haben wir in den Koalitionsverhandlungen zentrale FDP-Forderungen durchgesetzt. Vieles ist davon bereits umgesetzt oder auf den Weg gebracht:

Das haben wir bereits umgesetzt:

- Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur **UN-Kinderrechtskonvention**
- Änderung des **Bundesimmissionsschutzgesetzes**: Kinderlärm kein Grund zur Klage mehr
- Verabschiedung eines **Kinderschutzgesetzes**
- Förderung **geschlechterspezifischer Politik** für Frauen und Männer
- Einführung des **Bundesfreiwilligendienst** und Ausbau von FSJ und FSÖ
- Massiver **Ausbau der Kinderbetreuung**
- Erleichterung der **Vereinbarkeit von Beruf und Pflege** (Familienpflegezeitgesetz)

Daran arbeiten wir:

- Evaluation der **ehe- und familienpolitischen Leistungen**
- Erleichterung des **beruflichen Wiedereinstiegs**
- Stärkere Förderung der **künstlichen Befruchtung** und Erleichterung von **Adoptionen**
- Ausdehnung der Dauer von **Au-pair-Beschäftigungen**
- Einführung der Möglichkeit einer **Individualbeschwerde** im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention

Marina Schuster, MdB (Greding)

Stv. Landesgruppenvorsitzende, Sprecherin und Obfrau für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Mail: marina.schuster@bundestag.de

Web: www.marina-schuster.de

Tel: 030 - 227 74 495



Die **Stärkung der Menschenrechte** ist unser Ziel. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen von den Vereinten Nationen (UN) als Menschenrecht anerkannt wurde. Wir haben erreicht, dass auf der Überprüfungskonferenz in Kampala Strafbarkeitslücken im Römischen Statut geschlossen wurden und damit die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichts gestärkt wurde. Ebenso auf UN-Ebene konnte Deutschland in der Arbeitsgruppe "Kinder und bewaffnete Konflikte" erreichen, dass nun auch Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser international geächtet werden.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, setzen wir uns weltweit für die **Religionsfreiheit** ein. Diesen Kernbereich der persönlichen Glaubensüberzeugungen gilt es zu schützen.

Die **Entwicklungszusammenarbeit** wurde an menschenrechtspolitische Bedingungen geknüpft. Erstmals gibt es ein verbindliches Menschenrechtskonzept, eine Art Menschenrechts-TUV.

In Uganda wurden zum Beispiel finanzielle Zusagen daran gekoppelt, dass dort geplante gesetzliche Strafverschärfungen gegen Homosexuelle von der ugandischen Regierung nicht vorgenommen werden. Außerdem wurde die klassische Entwicklungszusammenarbeit mit China beendet und damit eine Forderung des FDP-Wahlprogramms umgesetzt.

Dr. Daniel Volk, MdB (München)

Obmann im Finanzausschuss, Vorsitzender der AG Steuern und Finanzen

Mail: daniel.volk@bundestag.de

Web: www.danielvolk.de

Tel: 030 - 227 73 170



Nach langem Ringen mit dem Bundesrat haben wir ein **Steuervereinfachungsgesetz** beschlossen, das nicht nur für die Finanzverwaltung, sondern vor allem für die Bürger und die Unternehmen ist. All diejenigen Steuerzahler, die ihre Steuererklärung noch selber machen, werden **von unnötiger Bürokratie befreit**: Mehrere Seiten Steuerformulare fallen weg, die Bürger müssen weniger Belege sammeln und die vorausgefüllten Steuerformulare nur noch prüfen. Die Berechnung der Entfernungspauschale wird vereinfacht, ebenso wie die Berechnung des Kindergeldes. Damit wird die Steuererklärung künftig einfacher und schneller zu erledigen sein.

Finanziell profitieren die Bürger von der **Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags**. Zudem reduzieren wir bei Unternehmen viele Detailregelungen und Nachweise von schriftlichen Belegen und reduzieren so den Bürokratieaufwand um vier Milliarden Euro pro Jahr. Nach der Vereinfachung wird die schwarz-gelbe Koalition die **Steuergerechtigkeit** angehen und die kleine und mittlere Einkommen entlasten.

Joachim Spatz, MdB (Würzburg)

Mitglied im Verteidigungsausschuss, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mail: joachim-spatz@bundestag.de

Web: www.joachim-spatz.de

Tel: 030 - 227 73 259



Wehrpflicht ausgesetzt – Freiheit gewonnen

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich sicherheitspolitische Lage, Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Diesen Veränderungen haben wir mit der Aussetzung der Wehrpflicht angemessen Rechnung getragen und einen nicht mehr gerechtfertigten Einschnitt in die Freiheit junger Menschen beendet.

Bundeswehr-Reform für eine leistungsstarke und moderne Freiwilligenarmee begonnen

Wir befinden uns mitten in einer Umbauphase der Bundeswehr hin zu einer leistungsstarken und modernen Einsatzarmee. Sowohl die Struktur und als auch die Ausrüstungsplanung müssen sich konsequent an den wahrscheinlichen Bedrohungen und Einsätzen der Zukunft orientieren. Der Einsatz hat die Bundeswehr grundlegend verändert. Dieser Entwicklung tragen wir Rechnung, indem wir werden noch in diesem Jahr ein Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz zum Wohle unserer Soldaten verabschieden.

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik - Krisenpräventive Ansätze gestärkt

In den vergangenen zwei Jahren ist es uns gelungen, die finanzielle Ausstattung für krisenpräventive Maßnahmen auf hohem Niveau zu stabilisieren und auszubauen. Diesen Kurs gilt es fortzusetzen, weil wir dringend auf den verstärkten Aufbau und die Bereitstellung ziviler Fähigkeiten für Friedenseinsätze (Polizisten, Wahlbeobachter, Richter, Staatsanwälte etc.) angewiesen sind. Zu diesem Zweck wurde zu Beginn der Legislaturperiode – unter meinem Vorsitz – der Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ eingerichtet. Deutsche Außenpolitik ist in erster Linie Friedenspolitik und Politik im Rahmen der internationalen Rechtsordnung, gesetzt durch die Vereinten Nationen. Wo immer möglich setzen wir uns ein, dass mit zivilen Mitteln Konflikte vermieden, abgemildert oder beendet werden können.

Sebastian Körber, MdB (Forchheim)

Sprecher für Baupolitik, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Mail: sebastian.koerber@bundestag.de

Web: www.sebastian-koerber.de

Tel: 030 - 227 72 695



- Das **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** wird auf 1,5 Mrd. € 2012-2014 verstetigt. Die energetische Sanierung spart CO₂, dient der Nachhaltigkeit und sichert Arbeitsplätze vor Ort. 2010 wurden mit 1,3 Mrd. € Haushaltsmitteln 21,3 Mrd. € private Investitionen angestoßen (1:16!). Das von uns geprägte Gesetz („Anreize statt Zwang“) zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungen an Wohngebäuden ist eine entscheidende Ergänzung! Das Bundesrats-Nein gefährdet den Energiewende-Erfolg, ich dränge auf den Vermittlungsausschuss.

- Nur ca. 1,2 % der **Wohnungen** bundesweit sind **altersgerecht**, bis 2020 werden rd. 2,5 Mio. zusätzlich benötigt; lange selbstbestimmt in der eigenen barrierearmen Wohnung leben ermöglicht auch Kostenvorteile bei der Pflegeunterstützung. Ich kämpfe für die Fortführung der KfW-Förderung «Altersgerechter Umbau».
- 410 Mio. € für **Städtebauförderung** 2012 (Erfolg für ländlichen Raum: Aufwuchs „Kleinere Städte“ auf 40 Mio. €), dazu neu KfW-Förderung „Energetische Stadtsanierung“ mit 92 Mio. €.

Jimmy Schulz, MdB (Hohenbrunn)

Mitglied im Innenausschuss, Obmann im Unterausschuss Neue Medien, Obmann der Enquete-Kommission „Internet und digitale Medien“

Mail: jimmy.schulz@bundestag.de

Web: www.jimmyschulz.de

Tel: 030 - 227 71 627



Bürgerbeteiligung

- **Positionspapier: „Beteiligung und Erneuerung“**
Stärkung der Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung und gleichzeitig Beschleunigung von komplexen Planungsverfahren
- **Positionspapier: „Bürgerbeteiligung ausweiten, Petitionsverfahren weiterentwickeln, Bürgerplenarverfahren einführen“**
Im Vordergrund steht die Weiterentwicklung des Petitionswesens, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Durch die Einführung von Bürgerplenarverfahren im Rahmen von Massenpetitionen soll dies gewährleistet werden. Auch durch die Ausweitung elektronischer Beteiligungsformen und die Einführung von weiteren Beteiligungsmaßnahmen, wie die sogenannten „Bürgergutachten“ sollen die Teilhabemechanismen der Bürger gestärkt werden.
- **Einführung der elektronischen Teilhabeplattform Adhocracy zur Unterstützung der Internetenquete**
Im Rahmen der Enquete werden neue Wege der Bürgerbeteiligung erprobt: Auf der Plattform www.demokratie.de, die von Jimmy Schulz bereitgestellt wurde, werden Ideen und Texte zur Netzpolitik von Bürgern bearbeitet und diskutiert und fließen als „Beitrag des 18. Sachverständigen“ in die Enquete-Kommission zurück. So werden Prozesse und Entscheidungen transparent und nachvollziehbar gemacht.

Netzpolitik

- Aussetzung der anlasslosen **Vorratsdatenspeicherung**
- Gründung des „**Landesfachausschuss Netzpolitik**“
- Aufhebung des **Zugangerschwerungsgesetzes**: Kein Aufbau von Zensurinfrastruktur und konsequenter Einsatz für das Prinzip „Löschen statt Sperren“

Stephan Thomae, MdB (Kempten)

Sprecher für Petitionen, Obmann im Petitionsausschuss, Mitglied im Rechtsausschuss, Mitglied im Haushaltsausschuss

Mail: stephan.thomae@bundestag.de

Web: www.stephan-thomae.de

Tel: 030 - 227 75 786



Ausgeglichener Bundeshaushalt

Dank **guter Konjunktur und Haushaltsdisziplin** geht es Deutschland so gut wie lange nicht. Da wo andere Ausgabenpolitik predigen, sparen wir. Die Neuverschuldung für das Jahr 2012 haben wir gegenüber dem Plan des ehemaligen SPD-Finanzministers Peer Steinbrück um mehr als 50 % reduziert. Mit der FDP in der Koalition kann die Regierung die **Vorgaben der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse** einhalten. Danach muss der Bund sein strukturelles Defizit bis zum Jahr 2016 auf maximal 0,35 % des BIP zurückführen. In diesem und den kommenden Jahren werden wir bereits deutlich unter der maximal erlaubten Neuverschuldung der Schuldenbremse liegen. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang auch, dass Deutschland unter unserer Regierung auch die Maastricht-Kriterien einhält. Damit stellen wir die Basis für eine wirtschaftlich stabile EU.

Familienrecht

Im Rahmen der **Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern** haben wir bestehende Unterschiede im Bereich des Erbrechts beseitigt. Bei der staatlichen Vormundschaft sind die **Kinderrechte** ebenfalls verbessert worden. Ein Amtsvormund des Jugendamtes darf nur noch 50 anstatt 200 Mündel gleichzeitig betreuen. Die von ihm betreuten Personen muss er in der Regel einmal pro Monat in ihrem privaten Umfeld besuchen.

Dr. Erwin Lotter, MdB (Aichach)

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Mail: erwin.lotter@bundestag.de

Web: www.lotter-liberal.de

Tel: 030 - 227 71 180



Die Übernahme des Gesundheitsministeriums bietet uns die große Chance, liberale Vorstellungen in diesem überregulierten Bereich durchzusetzen und für eine nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems zu sorgen.

So haben wir mit dem **GKV-FinG** und dem **AMNOG** bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen: Dabei wollten wir die von den Vorgängerregierungen übernommenen Belastungen verringern und das für 2010 geschätzte Defizit von knapp 10 Milliarden Euro bewältigen. Gleichzeitig sollten die Weichen in Richtung einer **Neuausrichtung der Gesundheitsfinanzierung** und einer **größeren Autonomie und Wettbewerbsorientierung** gestellt werden. Das haben wir erreicht. Die Finanzierung der Gesundheitskosten ist zukünftig von den Arbeitskosten abgekoppelt und auf eine verlässliche Basis gestellt. Die Patienten haben weiterhin Zugang zu hochwertiger ärztlicher Versorgung - und Arzneimittel bleiben bezahlbar.

Um die drohende ärztliche Unterversorgung gerade in ländlichen Gebieten abzufangen, arbeiten wir aktuell an einem Reformgesetz, welches eine **flächendeckende, ärztliche Versorgung** garantieren soll."

Klaus Breil, MdB (Weilheim)

Energiepolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Mail: klaus.breil@bundestag.de
Web: www.klaus-breil.de
Tel: 030 - 227 72 310



Die **Industrie sichert den Wohlstand in Deutschland**. Sie trägt zu einem Drittel zu unserem BIP bei. Noch einmal die gleiche Wertschöpfung erwirtschaftet sie mittlerweile im Ausland. Statistisch betrachtet steht daher de facto bei jeder Standortentscheidung ein inländischer Standort im Wettbewerb mit einem ausländischen. Wir haben in Deutschland die vergleichsweise höchsten Energiekosten unter den Industrieländern. Wir Liberalen werden daher zwar den **Ausbau der erneuerbaren Energien** beschleunigen, jedoch **nicht ohne Beachtung wirtschaftlicher Vernunft und höchster Versorgungssicherheit** handeln.

Um die **Arbeitsplätze am Standort Deutschland nachhaltig zu sichern**, werden die energieintensiven Industrien von den CO₂-Abgaben entlastet.

Ab 2013 werden für Unternehmen im **Energie- und Klimafonds** 500 Millionen € bereit gestellt, um höhere Bezugspreise für Strom auszugleichen.

Bei der **Novelle des EEG** haben wir den Konsens erreicht, die Umlage bei 3,5 Cent/kWh stabil zu halten. Wir haben die Ausgleichsregelungen im EEG deutlich ausgeweitet. In Zukunft sind nicht mehr einige hundert große Unternehmen privilegiert, sondern Tausende auch kleinere Unternehmen. Sie erhalten nun Ermäßigungen ab 1 Gigawatt Strom Jahresverbrauch statt wie früher erst ab 10 GW.

Rainer Erdel, MdB (Ansbach)

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Mitglied im Verteidigungsausschuss

Mail: rainer.erdel@bundestag.de
Web: www.rainer-erdel.de
Tel: 030 - 227 74 702



Bei der Novelle des Erneuerbare Energien-Gesetz (**EEG**) war aus Sicht der Landwirtschaft der Bereich Biogas/Biomasse besonders relevant. Wir haben unter anderem sichergestellt, dass bei der Biomasse die Anreize für die Nutzung von Rest- und Koppelprodukten verstärkt wurden. Vor allem die Nutzung der Gülle ist ökologisch besonders vorteilhaft.

Außerdem haben wir das **Bundeswaldgesetz** novelliert, die **Lebensmittelkennzeichnung** wurde verbessert und der ohnehin extrem hohe Standard der **Lebensmittelsicherheit** in Deutschland noch einmal angehoben.

Besonders freut mich, dass wir in Kürze ein **Kormoranmanagement** beschließen und wir damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz bedrohter Fischarten leisten und die enormen wirtschaftlichen Schäden der Fischereiwirtschaft verringern.

Bei der Reform der **Gemeinsamen Agrarpolitik der EU** nach 2013 gilt es, die unternehmerischen Landwirte zu stärken, die ökologischen und sonstigen Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft angemessen zu honorieren, aber auch der Nettozahlerposition Deutschlands in der EU Rechnung zu tragen. Erste Erfolge aus liberaler Sicht sind dabei, dass die Exportsubventionen abgeschafft und Marktinterventionen stark zurückgefahren werden.

Darüber hinaus stehen derzeit u.a. die **Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln, das Gentechnikrecht, Maßnahmen gegen den Verlust landwirtschaftlicher Flächen** und die Problematik der **Sicherung der Welternährung** auf der Agenda.